

EWK - Zur Lage

Stand 18. Mai 2015



Welt

Die Kupplung rutscht. Der Motor dreht durch. Die Welt kommt in Bewegung. Noch ist offen, ob der Motor abgewürgt wird oder die „Geschichte“ mit einem Kavaliertart auf eine veränderte Zukunft zurast.

Die Ereignisse und Veränderungen erscheinen – jedes für sich – zwar bemerkenswert bis merkwürdig, aber noch nicht besonders bedrohlich. Der Versuch sie summarisch zu würdigen führt jedoch, bevor er an der schiereren Masse scheitert, zu der Erkenntnis, dass große Umwälzungen mit erschreckenden Folgen in Gang gesetzt worden sind.

Der Abschnitt „Welt“ in dieser Ausgabe ist daher angesichts der lawinenartig über uns hereinstürzenden Veränderungen zu einem Kaleidoskop von Fak-

ten und Assoziationen geworden, die sich dem Versuch, sie in eine Ordnung zu zwingen, heftig widersetzen. Eine gesonderte Würdigung von „Europa“ und „Deutschland“ ist daher in dieser Ausgabe nicht vorgesehen.

Sie erinnern sich an Charlie Hebdo?

Paris, Satiremagazin, bewaffneter Überfall, erst tote Journalisten, dann Angela Merkel an der Spitze eines gestellten Trauerprotestzuges, dann tote Attentäter und zum Schluss die ausverkaufte Sonderausgabe in Millionenauflage. Ein Aufschrei für die Presse-, Meinungs- und Satirefreiheit der versammelten Wahrheitspresse ...?

Nun, die Zeichen mehren sich, dass die Mächtigen von EU-Europa die Ära der bloßen Political Correctness beenden und dazu übergehen, sich mit den Mitteln der Zensur und einer „Gedankenpolizei“ im Sattel zu halten.

Spanien war dabei ein spektakulärer Vorreiter als im Dezember letzten Jahres ein neues Versammlungsrecht verabschiedet wurde, mit dem vor allem die Streiklust der Spanier gedämpft werden soll, aber auch jegliche öffentlich vorgetragene Kritik an der Regierung durch drakonische Strafen für sehr dehnbar – im Grunde gar nicht - definierte „Verstöße“ unterdrückt werden soll. Eine nicht genehmigte Demonstration an „Orten, an denen grundlegende Dienstleistungen für die Gemeinschaft angeboten werden“ kann eine Strafzahlung von 600.000 Euro nach sich ziehen. Ob ein solcher „Ort“ nun ein internationaler Flughafen ist oder der Marktplatz vor dem Rathaus, ist und bleibt ungeklärt. „Respektlosigkeit“ gegenüber Sicherheitsbeamten kostet 600 Euro, Video-Aufzeichnungen oder Handy-Fotografien von Einsatzkräften kosten 30.000 Euro, denn auch hier sind die Bedingungen so schwammig formuliert, dass sie sich immer zu Lasten von Demonstranten (aber auch Journalisten) auslegen lassen, die Übergriffe von Sicherheitskräften dokumentieren wollen. Insgesamt umfasst der Katalog 45 solcher Verstöße und lässt es damit zu, praktisch jede unerwünschte freie Meinungsäußerung und jeden Streik, sei er nun Arbeitskampf oder politisch motiviert, zu einem extremen Risiko für die Teilnehmer zu machen.

In Frankreich wurde vor kurzem die Totalüberwachung der Bürger durch Geheimdienste und reguläre Polizei legalisiert. Eine richterliche Geneh-

migung für das Abhören von Telefonen, das Abfangen von E-Mails, oder die Installation von Abhörgerät in Wohnungen ist nicht mehr erforderlich. Da gilt der Spruch: „Nur wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“, nun umfassend und eingeschränkt.

Dass in Deutschland mit Macht die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung angestrebt wird, wissen wir. Dass wir mit Hilfe des BND über das grundgesetzlich garantierte Maß hinaus ausgespäht und die gewonnenen Daten auch an die USA verhökert wurden, ist inzwischen auch klar – und ebenso klar ist, dass die Politik, die ihren Eid auch auf das Grundgesetz geschworen hat, offenbar mehr Interesse daran hegt, die bisher illegalen Praktiken zu legalisieren, statt die Täter zu ermitteln und zu bestrafen. Zum Erstaunen bringt auch das niemanden mehr.

Die jüngste Schreckensmeldung in diesem Zusammenhang kommt jedoch aus London. The Guardian berichtet aus der bevorstehenden Thronrede Elisabeths, die bei dieser Gelegenheit vorlesen muss, was der Premierminister (David Cameron) ihr aufgeschrieben hat.

Dort heißt es:

„Wir sind für eine zu lange Zeit eine passiv tolerante Gesellschaft gewesen, in dem wir unseren Bürgern gesagt haben: Solange ihr die Gesetze befolgt, lassen wir euch in Ruhe. Es wurde oft gedacht, wir stünden damit verschiedenen Werten neutral gegenüber. Diese Haltung hat dazu beigetragen, dass Missstände und Extremismus entstanden sind. Diese Regierung wird daher diese verfehlte Entwicklung beenden.“

Man muss sich diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen. Es reicht offenbar nicht mehr, dass die Bürger des Vereinigten Königreichs die Gesetze befolgen, um sie in Ruhe zu lassen.

Mit der „Neutralität“ des Staates gegenüber unterschiedlichen Wertvorstellungen seiner Bürger soll es vorbei sein, und das heißt im Klartext doch nichts anderes als: Wer sich gegen die Regierung äußert, wird bekämpft.

In der folgenden Passage unternimmt Cameron zwar den Versuch, diese Ansage zu relativieren. Da heißt es dann weiter, bestimmte Werte, nämlich die Rede- und Religionsfreiheit, Demokratie, gleiche Rechte für alle, unabhängig von Rasse, Geschlecht und sexueller Orientierung, müssten vorangebracht werden, doch wenn zugleich eine Verordnung erlassen werden soll, die dazu verpflichtet, jede neue Publikation, auch im Internet, der Polizei vorab zur Genehmigung vorzulegen, dann hat das abso-

lut totalitäre Züge und ist ein Frontalangriff auf Meinungs- und Pressefreiheit.

Rückblickend kommt mir das Bild aus Charly Hebdo-Tagen, mit Merkel und Hollande in der Mitte einer die ganze Straßenbreite einnehmenden Phalanx von mehr oder minder demokratisch legitimierten Politikern sehr bedrohlich vor. So ungefähr muss sich der Tourist in Pamplona fühlen, der nicht rechtzeitig von der Straße gekommen ist, wenn vor ihm plötzlich die Stiere auftauchen.

Ein vergleichbares Bild bot sich jüngst in Moskau. Sie erinnern sich, die Feier zum 70 Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Im Zentrum der Ehrentribüne hier allerdings Putin und Xi Jinping, umrahmt von den Staats- und Regierungschefs von Indien, Südafrika, Ägypten und vielen weiteren Nationen. Merkel und Hollande waren zwar auch eingeladen, blieben diesen Feierlichkeiten allerdings fern.

Obama fehlte sowohl in Paris als auch in Moskau, obwohl ihm beide Veranstaltungen Gelegenheit gegeben hätten, den Führungsanspruch der USA zu unterstreichen.

US-Außenminister Kerry reiste in der letzten Woche nach Moskau um dort mit Putin über ein abgestimmtes Vorgehen in der Ukraine-Krise zu beraten. Kerry hatte ein Angebot in der Tasche. Die Sanktionen könnten aufgehoben werden, wenn die Waffenruhe in der Ukraine eingehalten werde. Insgesamt solle ein Dialog geführt werden, in dem die gemeinsamen Interessen beider Länder ausgelotet werden können. Bedenkt man, dass die Waffenruhe in der Ukraine längst gehalten werden könnte, erhielte Poroschenko nicht massive militärische und finanzielle Hilfe vom Westen, dann könnte der Deal, der hinter den Kulissen ausgehandelt wurde, ungefähr so lauten: Wir bringen Poroschenko zur Vernunft, erklären dann, die Waffenruhe würde jetzt eingehalten und heben dann die Sanktionen auf. Als Gegenleistung erwarten wir ...

Was diese konkrete Gegenleistung sein könnte, darüber kann ich nur spekulieren. Stillhalten in Syrien? Einflussnahme auf China, um den Bau seiner umstrittenen Stützpunkte im Südchinesischen Meer einzustellen? Stopp der Goldkäufe der russischen Zentralbank? Dies alles wären vorstellbare Szenarien, die – aus amerikanischer Sicht – den Verlust der Krim und des Donbass im eigenen Einflussgebiet verschmerzen ließen.

Es kann aber durchaus auch um etwas gänzlich anderes gehen. Vielleicht um den gemeinsamen Weiterbetrieb der ISS, der ja offiziell durch

plötzlich aufgetauchte Probleme an der bewährten russischen Weltraum-Technologie gefährdet erscheint. Erst kommt ein Raumfrachter nicht an, und dann versagt der Raketenmotor, mit dem das Absinken der Raumstation immer wieder durch ein Anheben der Kreisbahn ausgeglichen wird. Unterstellt man, dass die USA an diesen Ausfällen nicht aktiv beteiligt waren (sog. erweiterte Sanktionspolitik), ist die Wahrscheinlichkeit des zufälligen Ausfalls einer bewährten Technologie in inzwischen drei Fällen innerhalb kürzester Zeit nicht unbedingt höher als die Wahrscheinlichkeit dass Russland diese Ausfälle gezielt inszeniert hat, um die ISS-Mission zu beenden und dann – unabhängig von den USA, ggfs. gemeinsam mit China, eine neue, eigene Raumstation in eine Umlaufbahn zu bringen, was den USA, aufgrund fehlender Transportmittel, derzeit nicht möglich ist und einen entscheidenden Nachteil beim Wettrüsten im Orbit mit sich brächte.

Weil es in der Politik so ähnlich ist, wie beim Mikado, wer sich zuerst bewegt, hat verloren, und nicht Lawrow plötzlich und unerwartet nach Washington geflogen ist, um gutes Wetter zu machen, sondern Kerry nach Moskau (zum ersten Mal seit Beginn der Ukraine-Krise), wo er „zum Aufwärmen“ zuerst nach Sotschi eingeladen wurde, kann dies als ein Zeichen verstanden werden, dass Putins klare Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Washington gehört und verstanden wurde. Putin erklärte dort, es gebe vermehrte Versuche, eine unipolare Welt zu schaffen. Dass Russland sich dem massiv entgegenstellen werde, drückte er mit diplomatischer Höflichkeit in einer positiven Formulierung aus. Sinngemäß sagte er: Wir werden nur dann Frieden und Ruhe auf dem Planeten gewährleisten, wenn wieder ein System installiert wird, das gleiche Sicherheit für alle Staaten garantiert.

Das jüngste Gruppenfoto von gewisser Bedeutsamkeit wurde am Wochenende in Camp David aufgenommen. Barack Obama – alleine - zwischen kopftuchtragenden Potentaten vom Golf (sieht ein bisschen aus wie eine Karl-May-Illustration, Kara ben Nemsi und der Pascha von Mossul).

Den Berichten zufolge hat der US-Präsident seine Gäste enttäuscht. Diese hatten gehofft, Obama von geplanten Atom-Vertrag mit dem Iran noch abbringen zu können, oder zumindest ein Sicherheitsabkommen, ähnlich der NATO, auf den Weg bringen zu können, das die USA verpflichten würde, Beistand zu leisten, sollte einer der Staaten angegriffen werden. Beides war nicht zu haben, stattdessen gab es nur das Versprechen, die USA würden alle Elemente der Macht in der Golfregion nutzen, um die eigenen Interessen zu wahren und Aggressionen gegen Alliierte abzuwehren. Notfalls auch mit militärischer Gewalt.

Dieser „Gipfel“ krankte allerdings schon daran, dass einige der Eingeladenen der Einladung gar nicht erst folgten. Nur Kuwait und Katar waren mit ihren Staatschefs vertreten. Der wichtigste Mann, der saudische König Salman, schickte nur seinen Außenminister nach Camp David, was durchaus als ein Affront gegen Obama aufgefasst werden kann.

US-Präsidenten in der letzten Amtszeit werden gerne als „lahme Enten“ bezeichnet. Bei Obama, der die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verloren hat, stellt sich dies besonders signifikant heraus. Der Kongress hat nämlich, mitten in die erfolgsversprechenden Verhandlungen mit dem Iran hinein, sich selbst das Mandat erteilt, über diesen Vertrag mitentscheiden zu können. Obama muss daher das ausgehandelte Vertragswerk dem Kongress vorlegen, der sich 30 Tage Zeit nehmen wird, um zu prüfen und ggfs. abzulehnen. Was Obama aus einer Position der Stärke heraus begonnen hat, lässt ihn nun alt aussehen, weil er nur dann eine Chance hat, einen Deal mit dem Iran unter Dach und Fach zu bringen, wenn er dabei die roten Linien der Republikaner nicht verletzt, die damit natürlich den Ölscheichs in die Hände arbeiten.

Ein Blick aufs Öl. Der Ölpreis, der rund drei Jahre lang um die 100-Dollar-Marke oszillierte um Ende 2014 auf unter 50 Dollar abzustürzen, scheint sich wieder zu erholen und lag Ende letzter Woche bei der Sorte Brent schon wieder kurzzeitig bei 68 Dollar. Diese Preisbildung bei weiterhin hoher Produktion und den USA als Netto-Exporteur ist m.E. rein spekulativer Natur, weshalb ein neuerlicher Absturz in die 40-Dollar-Region zu erwarten ist, solange sich nicht ein funktionierendes Kartell bildet, das wieder für Ruhe in der Preisentwicklung sorgt. Womöglich ging es in Camp David daher auch um die Fördermengen in der Golf-Region, und vermutlich hat der saudische König deshalb gar nicht erst an dieser Gesprächsrunde teilgenommen. Der Deal, der da in der Luft lag, Produktionsdrosselung gegen belastbare Sicherheitsgarantien, schien ihm wohl zu einseitig, zumal die hochgerüsteten Saudis (230.000 Mann; 60 Milliarden Militärbudget) sich wahrscheinlich zutrauen, den Iran (545.000 Mann, 6 Milliarden Militärbudget) auch alleine hinreichend abschrecken zu können, solange es dort keine Atomwaffen gibt.

Ein weiterer Preis ist interessant, nämlich der Preis für den Euro. Nach seinem Höchststand im Mai 2014, als für einen Euro 1,40 Dollar gezahlt werden mussten und dem rasanten Absturz auf 1,05 Dollar im März 2015 (-25%) erholt sich der Euro, beinahe parallel zum Ölpreis wieder und notiert Ende letzter Woche bei 1,14 USD.

Dies trotz Draghis Versuch, die europäische Währung mit massiven Staatsanleihekäufen in den Keller zu prügeln um über den Umweg eines

günstigen Kursverhältnisses den Export anzukurbeln, immer in der kaum begründeten Hoffnung das damit erreichbare Wachstum könne auch die Deflationsgefahr der Euro-Zone bannen.

Doch wieder einmal entpuppt sich der „geniale Schachzug“ der EZB als ein elendiger Rohrkrepierer, wobei man sich darüber streiten kann, ob Mario Draghi die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat, oder, ganz im Gegenteil, für den Wirt.

Das Ergebnis sieht nämlich nicht nur so aus, dass der Euro-Kurs wieder ansteigt, erschwerend kommt hinzu, dass die Zinsen in der Euro Zone wieder anziehen. Selbst Schäuble musste für die letzte Tranche deutscher Anleihen wieder 0,65 Prozent anbieten, um alte Schulden mit neuen Schulden tilgen zu können.

Dabei ist der Deal für die Spekulation so einfach.

Draghi kauft monatlich 60 Milliarden Staatsanleihen vom Sekundärmarkt. Aber nur vom Sekundärmarkt, nicht direkt von den emittierenden Staaten.

Also braucht man einfach nur ganz still zu sitzen und abzuwarten, bis der gewünschte Zins geboten wird. Bei einem günstigen Kursverhältnis Euro/USD lohnt sich der Deal gleich doppelt, denn eines ist auch klar, ein Euro bei 1,40 USD entspricht dem Kaufkraftverhältnis deutlich besser als der von der EZB künstliche manipulierte Kurs von 1.05 USD oder derzeit 1,14 USD.

Alle wissen, dass alle Staaten regelmäßig Altschulden durch Neuschulden ersetzen müssen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Das trifft beileibe nicht nur Griechenland. Auch Deutschland ist trotz schwarzer Null davon keineswegs frei.

Man muss also wirklich nur warten können. Dann werden die gewünschten Zinsen geboten. Dafür braucht man allerdings Euros, und wer keine hat, muss welche kaufen (vor allem, solange sie noch so günstig zu haben sind) und treibt damit den Kurs in die Höhe. Sollte man sich von den Anleihen wieder trennen wollen, kein Problem. Im Hintergrund lauert Mario Draghi und holt sich, was er nur kriegen kann.

Dies wiederum führt dazu, dass immer mehr Anleger auf die Idee kommen, einen Teil ihrer überbewerteten Aktienbestände - bevor die rapide Talfahrt kommt - in Staatsanleihen umzuschichten, zumal es dort ja in-

zwischen tatsächlich wieder Zinsen gibt, während das Kursrisiko an der Aktienbörse von Tag zu Tag weiter ansteigt.

Was ist also der Erfolg für die Euro-Zone?

Der Wettbewerbsvorteil durch einen superschwachen Euro wird allmählich wieder geschrumpft.

Die Zinsen für Staatsanleihen ziehen an, was die Haushalte der Mitgliedsländer, die ja durch Null-Zinsen entlastet werden sollten, wieder in Schwierigkeiten bringt.

Die Börsianer verdienen sich goldene Nasen und die EZB bleibt am Ende auf Schrottpapieren sitzen, was den EZB-Gewinn schmälert und damit nochmals negativ auf die Haushalte der Mitgliedsstaaten durchschlägt.

Einziger Vorteil: Der Ölpreis-Anstieg wird durch den Euro-Anstieg zum Teil kompensiert.

Während die Krähen jedoch versuchen, durch gemeinsames Auftreten den Griechen die Augen auszuhacken, lenkt die gesamte Euro-Zone damit das Publikum jedoch nur von der insgesamt desolaten Lage ab, die, wie soeben geschildert, auch durch massenhaftes Gelddrucken nicht verbessert werden konnte, weil kaum ein Cent der Milliardenflut da angekommen ist, wo es an Kaufkraft und damit an Nachfrage und damit an konjunkturellen Impulsen fehlt.

Neben Griechenland pflegt die EU ein weiteres Problem und führt einen publikumswirksamen Eiertanz auf, der kaum zu überbieten ist.

Wie vom wilden Affen gebissen hat sich die EU dazu durchgerungen, in Libyen einzumarschieren und das schon weitgehend am Boden liegende Land noch weiter zu destabilisieren.

Der Vorwand für dieses militärische Abenteuer: Die Rettung von Leben.

Ja, die EU will Flüchtlingen das Leben retten, indem sie sämtliche Fluchtmöglichkeiten über das Mittelmeer dicht macht, und das geht nun einmal nur, wenn man die Schiffe der Schlepperbanden versenkt, und das möglichst schon im Hafen, bevor sie losfahren, und zudem muss man halt auch noch Tanklager in den Häfen in die Luft jagen, damit auch ja kein Treibstoff für ein Schlepperboot mehr da ist, und mit all diesem

Tamtam soll den Menschen, die es bis Libyen geschafft haben, aber auch dort noch unter unsäglichen Bedingungen weitgehend schutzlos vor Übergriffen ausharren müssen bis der nächste Seelenverkäufer ablegt, ganz deutlich klar gemacht werden, dass wir sie nicht haben wollen und dass wir die Schnauze voll haben, sie immer wieder in Hundertschaften noch lebend aus dem Meer zu ziehen und ihnen schließlich auch noch Asyl gewähren zu müssen.

Es gab schon mehrere deutsche Innenminister, Otto Schily hat damit angefangen, wenn ich mich recht erinnere, die mit der Idee spielten, die Flüchtlingsströme schon in Nordafrika aufhalten zu müssen. Nun hat sich dieser Gedanke offenbar EU-weit durchgesetzt, weil es offenbar immer noch einfacher ist, in Libyen Krieg zu spielen, als sich auf einen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge zu einigen und den dann vielleicht auch noch umsetzen zu müssen.

Natürlich sind die Tommys, die ja reiche Erfahrungen mit Kriegen im Nahen Osten haben, wieder ganz vorne dran, wenn es darum geht, Bodentruppen und Kommando-Einheiten loszuschicken.

Gaddafi erklärte einst, ohne ihn würde die EU von Flüchtlingen überschwemmt. Keine vier Jahre nachdem er mit vollem Einverständnis der EU ermordet wurde, bewahrheitet sich seine Vorhersage.

Die gemeinsame Aktion ist beschlossen und hängt nun nur noch am seidenen Faden eines UN-Mandats für diesen „humanitären“ Einsatz. Frank Walter Steinmeier, der sich selbstverständlich dafür ausgesprochen hat, rechnet fest damit, dass dieses Mandat auch erteilt werden wird.

Betrachtet man den Plan aus der Nähe, gerät er zur Posse.

Schlepper-Organisationen haben bisher mit alten, halb verrotteten Fischerbooten und kleinen Küstenfrachtschiffen operiert, von denen viele die Fahrt über das Meer gar nicht überstanden haben. Solche Schiffe gibt es wahrscheinlich in der Region noch zu Tausenden und viele ihrer Eigentümer werden sich leicht davon trennen, wenn dafür ein lukrativer Preis geboten wird.

Für Nachschub an Schlepperbooten ist also gesorgt, und ob der Eigentümerwechsel ordnungsgemäß dokumentiert wird, wie bei uns der Verkauf eines 17 Jahren alten Opel Corsa mit Amt und Stempel und Nummernschild, wage ich zu bezweifeln. Im Vorfeld herauszufinden, welche Nussschale für den Transport von Flüchtlingen genutzt werden wird, ist also beinahe unmöglich.

Geheimdienstliche Erkenntnisse werden also nur auf Seite der Kunden und bei der Anwerbung von Kunden gesammelt werden können. Wer als Flüchtling allerdings den bis zur letzten Minute geheimen Treffpunkt für die Einschiffung bekannt gibt, muss nicht mehr ganz dicht im Kopf sein.

Anwerber, die man aufgreift, werden freiwillig auch keine Aussage machen, jedenfalls nicht, bevor das Schiff sicher abgelegt hat, wobei sich ganz automatisch die Frage aufdrängt, ob man denn – zur Rettung des Lebens potentieller Schiffbrüchiger – einen solchen Menschen nicht auch mal ein bisschen foltern müsse. Waterboarding wäre da, vor dem Hintergrund des dem Wasser verbundenen Gewerbes, doch durchaus ein probates Mittel.

Gut, die Briten waren auch schon im Irak dabei und wissen, wie das geht. Alle anderen können es lernen, das ist gar nicht so schlimm. Dem Gefangenen passiert ja nichts, er denkt ja nur, dass er ersäuft. Das kann man jemandem, der sich weigert, bei der Rettung von Menschenleben zu kooperieren, schon mal zumuten.

Unterstellt, es gibt tatsächlich eine Quelle, die verrät, dass am nächsten Morgen, gegen 5.00 Uhr, ein Schlepperboot im Hafen von irgendwo anlegen wird, um binnen 15 Minuten 500 Flüchtlinge an Bord zu nehmen und dann in Richtung Lampedusa zu starten, gibt es auch eine Vielzahl von Optionen.

Man kann eine Drohne an den Himmel kleben, die Situation checken, und wenn das Ziel klar erkannt ist, ein bisschen Hellfire veranstalten. Dann ist das Schiff versenkt und die Hälfte der Flüchtlinge tot oder schwerverletzt. Die andere Hälfte rennt in wilder Flucht davon. Die Wahrheitspresse wird den Vorfall entweder vollständig negieren oder doch zumindest nur die erfolgreiche Versenkung eines Schlepperbootes melden. Dumm bloß, dass es immer noch Menschen gibt, denen es gelingt, über das Internet Bilder und Texte zu verbreiten, und damit die Öffentlichkeit zu verunsichern.

Wenn Spanier protestieren wollen, haben sie harte Strafen zu gewärtigen. Sollten sich Franzosen an der Verbreitung solcher Meldungen beteiligen, hat die Polizei alle Möglichkeiten der Überwachung – und in Großbritannien muss demnächst ja sowieso jeder Pups im Internet vorher von der Polizei genehmigt werden. Es wird nicht lange dauern, und die EU-Kommission beschließt, dass die gesetzlichen Regelungen dieser drei Länder zu einem Gesamtgesetz zusammengefasst werden, das dann EU-weit in Landesrecht zu übertragen ist. De Maiziere freut sich sicherlich schon lange darauf.

Doch zurück zu den Möglichkeiten, eine bekannte Einschiffung von Flüchtlingen zum Kampf gegen die Schlepper zu nutzen.

Um die Flüchtlinge wirklich zu schonen, könnte man sicherlich auch zwei Stunden vor dem geplanten Einchecken den gesamten infrage kommenden Hafen bombardieren und alle dort liegenden Schiffe versenken und in Brand schießen. In Pearl Harbour wurde so eine Aktion beispielhaft vorgeführt – und da waren es Kriegsschiffe – nicht harmlose Fischerboote. Am Gelingen kann also nicht gezweifelt werden.

Der Kollateralschaden fällt natürlich erheblich größer aus, vermutlich müssten hunderte von Schiffen versenkt werden, um das gesuchte mit Sicherheit zu treffen, doch auch das ist von Vorteil, denn von diesen hundert Schiffen wird in den nächsten tausend Jahren garantiert keines mehr von Schleppern gechartert werden können. Das rettet also prophylaktisch das Leben aller Flüchtlinge, die jemals mit solchen Schiffen hätten transportiert werden können.

Sollte doch einmal ein mit Flüchtlingen vollgestopftes Boot den Hafen verlassen, gibt es ja immer noch Kampfschwimmer. Da steht dann in der Zeitung, ein vollbesetztes Flüchtlingsboot ist an der Grenze zu internationalen Gewässern aus ungeklärter Ursache gesunken. Es konnte niemand lebend gerettet werden.

Selbstverständlich könnten Kommandounternehmen auch Nacht für Nacht losziehen und ein Schiff nach dem anderen am Liegeplatz versenken. Die Franzosen haben da Übung. Schließlich ist es ihnen schon vor 30 Jahren gelungen, das Greenpeace Schiff „Rainbow Warrior“ im Hafen von Auckland, Neuseeland zu versenken. Dabei ging es damals noch nicht einmal um die Rettung von Menschenleben, sondern nur darum, lästige Demonstranten am Demonstrieren gegen Atomtests zu hindern.

Dummerweise haben sie sich dabei erwischen lassen, doch ich denke, inzwischen haben auch die Franzosen dazugelernt und sich untauglichen Personals entledigt. Luis de Funes ist tot – und Gerard Depardieu sorgt in Moskau für Verwirrung – da kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Verzeihen Sie meinen Sarkasmus.

Es geht nicht um Flüchtlinge und nicht um Schlepper und auch nicht um die Wirkung des Flüchtlingselends auf die Bevölkerung. Die EU schickt sich an, Libyen zum Protektorat zu machen.

Seit dem Krieg von 2011 gibt es keine funktionierende Regierung mehr, sondern gleich zwei, die beide wenig Einfluss und Macht haben, doch in seltener Einigkeit sind beide dagegen, dass die EU Truppen entsendet um vorgeblich ein Flüchtlingsproblem zu lösen.

Haben die USA nicht gesagt, die Europäer müssten mehr Verantwortung übernehmen? Sind die USA nicht erkennbar mit der erfolgreichen Fortsetzung der Konflikte in der Ukraine, in Syrien und eben auch in Libyen gescheitert? Haben sie nicht unverrichteter Dinge Afghanistan aufgegeben? Scheren sie sich noch um die Atomwaffen Pakistans? Lassen sie Kim Jong Un in Nordkorea nicht machen, was er will?

Wir sehen eine Chance, in Libyen ein proeuropäisches Regime zu installieren und die BP an die Erdölfelder zu bringen. Also nehmen wir sie wahr, zumal wir ja einen hervorragenden Vorwand ins Feld führen können, den uns die USA in Form von Flüchtlingen durch jahrelange Kriegs- und Destabilisierungsaktionen auch noch selbst geschaffen haben.

Ob das nun Absicht war oder nicht, bleibt egal. Wir werden die Flüchtlinge stoppen, uns in Libyen festsetzen und bei der Gelegenheit darf Heckler und Koch den Nachweis führen, dass man auch mit einem leichten Sturmgewehr G36 den Truppen der IS erfolgreich Verluste zufügen kann.

Genug davon.

Der Versuch, Fluchtboote zu versenken, bevor sie von den Flüchtlingen bestiegen werden und der Versuch, Wohnheime abzufackeln, bevor sie bezogen werden, gleichen sich auf so frappante Weise, dass man sich wirklich fragt, warum die einen am Ende mit Orden behängt vom Einsatz zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Rettung von Menschenleben und zur Errichtung der weltweiten Friedensherrschaft zurückkehren werden, wo man sie feiern wird, wie die Fußballnationalmannschaft nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft, während man die anderen fangen und bestrafen will.

In Israel sind die Ultrakonservativen an der Regierung und werden mit ihren Feinden im Iran und in Palästina garantiert keine Friedensgespräche führen, was wiederum Barack Obamas Ohnmacht vorführt, denn wenn er vielleicht auch große Lust hätte, Israel zur Raison zu rufen und ggfs. Sanktionen zu verhängen – die israelische Lobby in den USA ist viel zu stark, um daran auch nur zu denken.

Nun gilt es, noch über drei verlorene Flugzeuge und die NSA und den BND zu berichten.

Ein Flugzeug der Malaysia Airlines ist spurlos verschwunden.
Ein weiteres Flugzeug der gleichen Gesellschaft wurde abgeschossen.
Eine Maschine der Germanwings prallte an einen Berghang.

Alle modernen Flugzeuge können – wie Drohnen – ferngesteuert werden. Alle drei Maschinen hatten entweder nicht den üblichen Kurs oder kamen von ihrem Kurs ab.

In den USA wird der IT-Sicherheitsexperte Chris Roberts vom FBI beschuldigt, sich in das Entertainment-System von Passagiermaschinen eingehackt und von da aus in den Bordcomputer und so – während des Fluges – vorübergehend die Kontrolle über das Flugzeug übernommen zu haben.

Man braucht also offenbar kein mächtiges stationäres System, sondern nur ein bisschen Grips und ein iPhone, um die Kontrolle über einen Jet zu übernehmen.

Die offizielle Erzählung über den Selbstmörder im Sitz des Copiloten auf der Germanwings-Maschine ist voll von Absonderlichkeiten. Das beginnt damit, dass Hollande und Obama schon wussten und öffentlich bekanntgaben, dass es kein Terror-Akt war, bevor die Rettungsmannschaften das Trümmerfeld überhaupt erreicht hatten.

Ich glaube, man kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass nicht nur die tatsächlichen Verursacher sondern auch die größeren Geheimdienste dieser Welt ganz exakt wissen, was mit jeder einzelnen Maschine geschehen ist und warum, und wer dafür letztlich die Verantwortung übernommen hat.

Der Irrflug, von dem es bis heute heißt, niemand wisse wo er letztlich heruntergekommen sei, hat seine Ursache vermutlich im Frachtraum. Die Behörden weigern sich standhaft bekanntzugeben, welche Ladung an Bord war. Ob es nun geheime chinesische Hardwarekomponenten waren, wie man es aufgrund der Passagierliste vermuten könnte, oder gar der Goldschatz der Ukraine, der zu jenen 30 Tonnen Gold passen würde, die vor kurzem bei einer Revision in den Tresoren der New Yorker Federal Reserve Bank gefunden wurden, ohne dass deren Herkunft zu klären war. (30 Tonnen Gold! Aber bitte! Die liegen da mal einfach so

rum, ohne dass man nachvollziehen könnte, wo sie herkommen!) Da hat sogar das Handelsblatt die Spekulation verbreitet, es könne sich um jenes Gold handeln, dass die USA am Vortag aus Kiew geholt hatten, das nun nach Peking geschafft werden sollte ...

Der Abschuss von MH17 war wohl das Werk eines oder mehrerer ukrainischer Kampfpiloten, mit dem Ziel, Stimmung gegen die Separatisten zu machen. Die Story von der Buk-Rakete der Separatisten wird zwar immer noch erzählt, doch die Zahl derjenigen, die sie glauben, wächst schon lange nicht mehr. Im Gegenteil.

Die Germanwings Maschine ist vermutlich von französischen Kampffjets erledigt worden, um zu verhindern, dass sie gezielt in die Mauer eines Staudamms kracht. Warum die Steuerung nicht vom Grund aus übernommen wurde, was möglich gewesen wäre, bleibt ein Geheimnis, für das es vermutlich nur eine einzige Erklärung gibt: Der externe Zugang zum Bordcomputer war wohl bereits besetzt, ein Dritter hatte die Kontrolle über den Vogel übernommen.

Stellt sich die Frage, welche Feinde Frankreich sich gemacht hat, um einen solchen Anschlag als Schuss vor den Bug auszulösen – und welche Freunde die Warnung übermittelten, die, nachdem sich die Maschine in nicht rauchende Trümmer zerlegt hatte, die übereilte Mitteilung auslöste, es sei kein terroristischer Akt gewesen.

Es könnte noch hundert Jahre dauern, bis die staunende Nachwelt erfährt, was wirklich geschehen ist. Das Schweigekartell hält eisern dicht. Vermutlich haben alle mehr als eine Leiche im Keller.

Und obwohl die NSA alles weiß – und der BND sehr viel, ist nach Thomas de Maiziere nun Angela Merkel im Brennpunkt einer viel zu kritischen veröffentlichten Meinung.

Die Süddeutsche titelt: „Das große Merkel-Versagen“. Die Frankfurter Rundschau tönt: „Merkels gefährliches Schweigen“. Sigmar Gabriel hält seiner Chefin „unterwürfiges Schweigen“ vor – und das ganze Spiel begann damit, dass ein waschechtes Transatlantiker-Blatt einige geheime E-Mails veröffentlichte, die zwischen Kanzleramt und Washington ausgetauscht wurden, als sich Merkel öffentlich ein No-Spy-Abkommen herbeiredete, während die USA sich – nicht öffentlich – köstlich darüber amüsierten.

Die Mainstreampresse will ihre schützende Hand anscheinend nicht mehr länger über Angela Merkel halten. Die Blätter und ihre Eigentümer

wissen, wer Merkel seit 1989 in den Himmel gehoben hat, und sie wissen, wie wenig es braucht, um eine Lichtgestalt wieder zu demontieren.

Die brave Mutti der Lüge und des Wahlbetrugs zu überführen, wird bei Frau Dr. Merkel weitaus stärkere Blessuren hinterlassen als bei jedem anderen Politiker, weil die Fallhöhe einfach größer ist.

Natürlich kann dieses Spiel vor dem Aufprall noch einmal vollständig umgedreht werden. Vielleicht wird die Mutterfigur nur benutzt, um die Empörung der Volksmassen zum Kochen zu bringen, damit sie eines schönen Tages, eingewaschen von allen Anschuldigungen in überirdische Zonen aufsteigen kann, während der dann ausgemachte Schuldige (und das könnte durchaus Herr Steinmeier sein, der sich derzeit in der Beliebtheitsskala den ersten Platz gesichert hat) den Haifischen zum Fraß vorgeworfen wird.

Es würde mich weiß Gott nicht wundern, wenn in der nächsten Woche „das Dossier“ auftaucht, das beweist, dass Steinmeier alles wusste und alles eingefädelt hat, während Angela Merkel gar nichts wissen konnte und nun über diesen Abgrund von Vaterlandsverrat entsetzt ist.

Sollte es so kommen – und einiges spricht dafür, wird Sigmar Gabriel mit Steinmeier gemeinsam stürzen. Denn gerade Siggie nimmt den Mund so voll, dass er es geradezu darauf anlegt, am übergroßen Bissen zu ersticken.

Da hat man es in Burundi leichter.

Da kann der Amtsinhaber einen Putsch für beendet erklären und, anders als bei Pofallas Erklärung zum Ende der NSA-Affäre, gilt das dann auch – und der gute Mann darf, entgegen der Verfassung, auch ein drittes Mal das höchste Amt im Staate bekleiden.

Gut, dass wir in Deutschland solche Beschränkungen nicht kennen. Wir sähen uns nämlich in diesen Tagen in einer wüsten Debatte, in der es um die Aufhebung solcher unsinnigen Beschränkungen ginge.

Die Bargeldabschaffung wird ja nun auch in Deutschland ganz offiziell gefordert. Manchmal vergeht wirklich nur sehr wenig Zeit, vom ersten Verdacht bis zur Bestätigung.

In Anbetracht des nahenden Pfingstfestes drängt sich mir abschließend noch die Frage auf, warum der Heilige Geist ausgerechnet auf ein paar ziemlich machtlose Menschen ausgeschüttet wurde, die damit nichts an-

deres anzufangen wussten, als missionieren zu gehen, gelegentlich auch mit Feuer und Schwert, und nicht in die Köpfe der mächtigen Herrscher und Superreichen. Wenn alles stimmt, was über den Heiligen Geist so bekannt ist, dann ginge es der gesamten Menschheit heute vermutlich sehr viel besser.

Fazit

Der Traum von einer unipolaren Welt unter der Vormacht USA ist ausgeträumt. Die US-Führung ist zwar noch nicht erwacht, doch der Traum ist zu Ende.

Was sich abzeichnet, ist zunächst eine tripolare Welt.

Russland und China

werden sich im Verein mit den übrigen BRICS-Staaten zu einem neuen Block organisieren und an den Rändern kleinere Staaten an sich binden werden.

Die USA

verlieren wichtige Verbündete in Europa und werden wohl überall da, wo sie Stützpunkte in Nachbarschaft zu den BRICS-Staaten halten, an Einfluss verlieren oder hinausgeworfen werden.

Wackelkandidaten sind Kanada und Großbritannien. Möglich, dass sich beide den USA zuwenden, Camerons Abstimmung über den Verbleib in der EU deutet jedenfalls darauf hin, und Kanadas geografische Nachbarschaft zu den USA ebenfalls.

Es könnte jedoch auch beim Verbleib der Briten in der EU bleiben, während eine Annäherung Kanadas an Russland durchaus vorstellbar ist, wenn die Vormachtstellung der USA erst einmal definitiv gebrochen sein wird.

Europa (EU) wird nach 100 Jahren am Gängelband der USA die Gelegenheit nutzen und sich von der engen transatlantischen Bindung lösen, ohne deshalb das Geschäftsmodell „Kapitalismus und Hegemonie“ aufzugeben. Im Inneren US-Zustände mit massiver Überwachung und Polizeigewalt, nach außen Interessensicherung durch militärische Stärke und Präsenz. Der erste Brückenkopf auf dem afrikanischen Kontinent ist schon bestimmt und wird bald besetzt werden. Die Pläne, wie von dort aus weiter operiert werden soll, liegen bestimmt schon in einige Schubladen in Brüssel, Paris, London, Rom und Berlin.